



HINTERGRUND - SEITE 5

## Die Briefwahl als Rettungsanker

Wie der angeschlagene AfD-Landesvorsitzende Jens Kestner versucht, seinen Kopf zu retten

U MWELT

## Klimaschutz als Pflichtaufgabe? Lies zeigt Sympathie für Vorschlag des Landkreistages

Der Niedersächsische Landkreistag (NLT) schlägt eine folgenschwere Änderung der Zuständigkeiten in der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen vor. Was Schritte für den Klimaschutz angeht, solle das Land festlegen, dass die Kreise und kreisfreien Städte hier zur Erfüllung der Aufgabe verpflichtet sind. Das habe dann die Konsequenz, auch bei der Finanzverteilung einiges anzupassen. Mit anderen Worten: Sobald es um eine Pflichtaufgabe geht, würde das Land verpflichtet sein, den Kommunen die notwendigen Aufwendungen dafür zu erstatten. Tatsächlich verweist NLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Hubert Meyer diesbezüglich auf Paragraph 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, das wiederum auf Artikel 57 der Landesverfassung Bezug nimmt. Die „erforderlichen und erheblichen Kosten“ müssten demnach „unverzüglich“ ausgeglichen werden. Umweltminister Olaf Lies, der Adressat des Briefes von Meyer war, hat bereits seine Sympathie für die Forderung bekundet.

Der NLT-Hauptgeschäftsführer nimmt zunächst Bezug zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Bundes-Klimaschutzgesetz, in der im vergangenen Jahr deutliche Hinweise an den Bundesgesetzgeber enthalten waren. Es geht um eine Verstärkung von Klimaschutzanstrengungen, die wegen der



Hubert Meyer

Interessen der kommenden Generationen unvermeidlich seien. Prof. Meyer schlussfolgert nun, dass neben der Wirtschaft vor allem die Kommunen die wichtigsten Akteure beim Klimaschutz seien. Lies hatte in den vergangenen Monaten wiederholt angekündigt, eine Verschärfung des niedersächsischen Landes-Klimagesetzes vornehmen zu wollen. Dabei ist auch von einer Ausweitung der Erneuerbaren Energien die Rede, sinnbildlich wurde die Aufforderung des Umweltministers an einem Grundsatzkonflikt, der seit Monaten in der Großen Koalition in Niedersachsen schwelt. Während Lies vehement dafür streitet, die Pflicht zum Aufbau von Solaranlagen für alle Neubauten vorzusehen, sieht die CDU das skeptisch. Es wird noch überlegt, ob dieser Schritt vom Landtag in einem Landesgesetz geregelt werden soll oder bundesweit in einem Bundesgesetz, zumal der neue Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ebenfalls als Anhänger der Solaranlagen-Pflicht auf Neubauten auftritt. Neben diesem Konflikt geht es aber auch um zahlreiche andere Schritte, die etwa bei der Bauleitplanung oder bei Verkehrsprojekten und Verkehrswegkonzeptionen zwingend zu beachten sind.



Foto: Urban Zinell

Robert Habeck

## **NLT will Klimaschutz für Kommunen in Niedersachsen zu Pflichtaufgabe machen**

Nun weist der NLT darauf hin, dass das Land den Kommunen den „Klimaschutz“ nicht als Pflichtaufgabe übertragen habe. Das heiße für all jene Kreise und Gemeinden, die überschuldet sind und Sparauflagen leisten müssen, dass sie die Aufgaben – weil sie freiwillig sind – gar nicht ausreichend erfüllen könnten. Bei anderen Kommunen führe das zum Wettstreit mit anderen freiwilligen Aufgaben wie Kulturpflege, Investitionen in Schulen, bei der Jugendhilfe und im Gesundheitswesen. „Nach unserer Einschätzung besteht zukünftig der unabweisbare Bedarf“, dass die Landkreise „Grundstrukturen für zentrale kommunale Klimaschutzaktivitäten flächendeckend vorhalten müssen“, heißt es in Meyers Brief an den Umweltminister. Die völker- und europarechtlich fixierten Klimaschutzziele könnten nur erreicht werden „mit erheblichen zusätzlichen Anstrengungen auf allen Ebenen“, meint der NLT-Hauptgeschäftsführer. Deshalb werbe das Präsidium des NLT für die Widmung des Klimaschutzes als Pflichtaufgabe und für den damit verknüpften Kostenausgleich des Landes an die Kommunen. Meyer fügt hinzu: „Konkret gilt dies vor allem für die dauerhafte Beschäftigung von Klimaschutzmanagern, die Einrichtung und den dauerhaften Betrieb von Klimaschutz- und Energieagenturen sowie die Aufstellung und Fortentwicklung von Klimaschutzkonzepten.“

Der Sprecher von Umweltminister Olaf Lies, Christian Budde, begrüßte den Vorstoß des NLT-Hauptgeschäftsführers. Der Umweltminister habe viel Verständnis für die Belange des Landkreistages und freue sich über die Bereitschaft der Kommunen, engagiert beim Klimaschutz mitzuziehen, erklärte Budde. Viel spricht dafür, eine mögliche Aufnahme des Klimaschutzes als Pflichtaufgabe nicht auf dem Verordnungswege zu regeln, sondern per Gesetz.